

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

113. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 16. Juni 2004

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksache 15/3283)

10280 B

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich rufe die Frage 11 der Kollegin Petra Pau auf:

Welche Anstrengungen und Initiativen hat die Bundesregierung in welchen vorbereitenden Gesprächsrunden unternommen, um in die neue Irakresolution des UN-Sicherheitsrats eindeutige und verbindliche Menschenrechtsverpflichtungen für die unter US-Kommando stehende multinationale Truppe aufzunehmen?

Hans Martin Bury, Staatsminister für Europa:

Frau Kollegin Pau, die Bundesregierung setzt sich seit Jahren in internationalen Gremien für die Einhaltung von Menschenrechten ein. Auch bei den Verhandlungen über die neue Irakresolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung die Aufnahme von Verpflichtungen zum Schutz von Einzelpersonen unterstützt. Sie hat dabei gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates im Laufe der Verhandlungen wichtige Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf erzielt. Der Sicherheitsrat stellt in Resolution 1546 vom 8. Juni 2004 fest,

dass alle Kräfte, die die Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Stabilität im Irak fördern, sich verpflichtet haben, im Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich der Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht, zu handeln und mit den zuständigen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Daraus ergeben sich in eindeutiger und verbindlicher Weise Verpflichtungen zum Schutz von Einzelpersonen für die unter US-Kommando stehenden multinationalen Streitkräfte.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Zusatzfrage.

Petra Pau (fraktionslos):

Vor dem Hintergrund der Folterungen und der Verletzungen der Genfer Konvention sowohl in Guantanamo Bay als auch im Irak und in Afghanistan stellt sich für mich trotzdem die Frage, warum die Bundesregierung nicht zumindest die Initiativen der Ratsmitglieder Brasilien, Chile und Spanien zur Aufnahme spezifischer Verpflichtungen in die Irakresolution, die dann kontrollfähig sind, unterstützt hat.

Hans Martin Bury, Staatsminister für Europa:

Frau Kollegin Pau, Ihre Unterstellung, wie sie in der Frage zum Ausdruck kommt, ist schlicht falsch. Es hat einen spanischen Änderungsvorschlag gegeben, der von Brasilien, Chile und Deutschland unterstützt worden ist. Die Aufnahme dieses Vorschlags in die Resolution als operativer Absatz konnte zwar nicht erreicht werden, wohl aber eine deutliche Verbesserung des ursprünglichen Entwurfes.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Weitere Zusatzfrage.

Petra Pau (fraktionslos):

Ich wüsste gern, wie die Bundesregierung den Anhang zur Irakresolution bewertet, nämlich den Briefwechsel zwischen Außenminister Powell und dem irakischen Regierungschef, nach dem die internationalen Truppen das Recht erhalten sollen – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –,

Personen zu internieren, wenn immer dies aus Gründen der Sicherheit zwingend erforderlich ist.

In diesem Briefwechsel wurden keine rechtlichen Grundlagen wie die Genfer Konvention oder andere internationale Standards aufgelistet.

Hans Martin Bury, Staatsminister für Europa:

Frau Kollegin Pau, selbstverständlich gilt hier das, was ich zu Ihrer ursprünglichen Frage gesagt habe und was in der Resolution 1546 ausdrücklich festgehalten ist.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Löttsch.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Staatsminister, die Bundesregierung hat ja öffentlich zugesagt, dass sie hinsichtlich der Prüfung der Frage sehr aktiv sein will, inwieweit auch höchste amerikanische Stellen beteiligt waren bzw. Kenntnis von den Folterungen im Irak hatten. Sie wollten diese Prüfung ja auch in die Diskussion über die Irakresolution einbringen. Wie weit ist die Bundesregierung mit dieser Prüfung gekommen und welche Erkenntnisse hat sie dabei gewonnen?

Hans Martin Bury, Staatsminister für Europa:

Frau Kollegin, die amerikanische Regierung hat zugesagt, die Vorfälle zu klären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

(Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos]: Das ist die ganze Antwort?)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Weitere Fragen zu diesem Geschäftsbereich liegen nicht vor.